aktuell Nr. 20 vom 22.05.2014

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 20 **22. Mai.2014**

Inhalt

dbb kritisiert Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung als „sozial unausgewogen“
Beschäftigte in Job-Centern brauchen sichere Perspektiven
dbb Chef: Bundesregierung soll auf Gesetzesvorhaben zur Tarifeinheit verzichten +++
Russ: Streik-Unterbrechung ausschließlich im Interesse der Bürger +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB: Beschäftigte erwarten Kontinuität +++
Waldemar Dombrowski wieder gewählt - Neuer Name für vbba +++
DSTG für konsequentere Bestrafung der Beihilfe zur Steuerhinterziehung +++
DPolG fordert Sofortprogramm gegen Einbruchskriminalität +++
BVÖGD beklagt gravierenden Ärztemangel +++
Inklusion braucht klaren politischen Willen +++
BLBS: OECD liegt mit Bewertung daneben +++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

dbb kritisiert Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung als „sozial unausgewogen“

(dbb) Deutliche Kritik am Gesetzentwurf der Bundesregierung zum GKV-Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetz hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt geübt. „Mit dem beharrlichen Festhalten an der Fixierung der Arbeitgebergeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung werden zukünftig steigende Beitragssätze ausschließlich von den Arbeitnehmern zu schultern sein. Dies gefährdet die nachhaltige Finanzierung der GKV und ist sozial unausgewogen", sagte der dbb Chef am 21. Mai 2014 bei der öffentlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf im Bundestagsgesundheitsausschuss in Berlin. „Darüber kann auch keine Beitragssatzkosmetik in Form des wegfallenden Sonderbeitrages in Höhe von 0,9 Prozentpunkten hinwegtäuschen."

Zwar erhielten die Krankenkassen durch die vorgesehene Umstellung auf einkommensabhängige Zusatzbeiträge wieder mehr Autonomie bei der Beitragssatzgestaltung. Es stehe jedoch zu befürchten, dass künftig wieder allein der Preis als Vergleichskriterium der Kassen herangezogen wird und das bislang recht breite Spektrum zusätzlicher Satzungsleistungen einem möglichst geringen kassenindividuellen Zusatzbeitrag zum Opfer fallen werde.

Positiv wertete der dbb Bundesvorsitzende den neu zu installierenden Einkommensausgleich: „Damit werden zumindest die Wettbewerbsbedingungen der Krankenkassen untereinander angeglichen." Mit Blick auf die zahlreichen Änderungen in der Vergangenheit bei der Beitragserhebung in der GKV äußerte Dauderstädt die Befürchtung, „dass auch die aktuellen Reformmaßnahmen kaum nachhaltig Bestand haben werden".
(01/20/14)

Beschäftigte in Job-Centern brauchen sichere Perspektiven

(dbb) Mit dem Appell, für verbesserte Arbeitsbedingungen in den Job-Centern zu sorgen, hat sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt an die politisch Verantwortlichen gewandt. „Die Beschäftigten in den Job-Centern brauchen klare Perspektiven für ihre berufliche Zukunft, keine Befristungen im Wiederholungsmodus", sagte Dauderstädt auf dem Gewerkschaftstag der dbb-Mitgliedsgewerkschaft vbba am 16. Mai 2014 in Bad Kissingen.

Dies gelte auch für Arbeitskräfte, die von Vivento, dem zentralen Personal- und Servicedienstleister der Deutschen Telekom AG, kommen. „Die Beschäftigten brauchen klar geregelte und nicht unterschiedliche Arbeitsbedingungen.
Gewährleistet sein muss auch eine ordentliche Interessenvertretung durch starke Personalvertretungen, die nicht nur über eine bundesweite Arbeitsgruppe gelegentlich zum Meinungsaustausch zusammenkommen."

Kritische Worte fand Dauderstädt auch zur Ausbildungssituation in der Bundesagentur für Arbeit (BA). „Demografie ist ein Thema für den ganzen öffentlichen Dienst. Wenn aber ein Träger wie die BA die Zahl der Auszubildenden so dramatisch reduziert, wie jetzt geschehen, dann gefährdet man die Funktionsfähigkeit der Agentur." Es gehe nicht an, durch Arbeitsverdichtung den immer weniger und älter werdenden Beschäftigten die nicht deutlich sinkende Arbeitsmenge dauerhaft aufzubürden.

Die Namensänderung der vbba (Vereinigung der Beschäftigten der Berufs- und Arbeitsmarkdienstleister) in Gewerkschaft Arbeit und Soziales wolle er als Zeichen interpretieren, „dass man unter den Sozialgewerkschaften des dbb auf verstärkte Kooperation setzt", so Dauderstädt, „nicht nur bei gemeinsamen Tarifverhandlungen, sondern auch zu sozialpolitischen Fragen generell". Auch die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) unter dem Dach des dbb organisiert Beschäftigte der Arbeitsverwaltung und bei den Job-Centern.

(02/20/14)

dbb Chef: Bundesregierung soll auf Gesetzesvorhaben zur Tarifeinheit verzichten

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat an die Bundesregierung appelliert, von ihrem Vorhaben einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit abzulassen. „Die Geschäftsgrundlage des Koalitionsvertrages, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Tarifeinheit gemeinsam anstreben, ist mit dem DGB-Beschluss endgültig entfallen", sagte Dauderstädt der „Saarbrücker Zeitung" (Ausgabe vom 16. Mai 2014) unter Verweis auf einen Beschluss des DGB-Bundeskongresses.

Der dbb sehe sich in seiner Auffassung bestätigt, dass eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit „stark kollisionsgefährdet wäre mit der Verfassung". Er könne sich keine Lösung vorstellen, die die Koalitionsfreiheit und das Recht der Arbeitnehmer auf informationelle Selbstbestimmung nicht berühre, so Dauderstädt. Für den Fall, dass die Koalition doch ein entsprechendes Gesetz verabschiede, kündigte der dbb Bundesvorsitzende rechtliche Schritte an: „Wir würden ein solches Gesetz auf jeden Fall anfechten und dafür sorgen, dass es Karlsruhe vorgelegt wird", sagte er.

Der DGB hatte am 14. Mai 2014 beschlossen, dass er jeden Eingriff in bestehende Regelungen ablehne, der das Streikrecht oder die Tarifautonomie beeinträchtige.
(03/20/14)

Russ: Streik-Unterbrechung ausschließlich im Interesse der Bürger

(dbb) Die streikenden Fahrer der Wiesbadener Busgesellschaft mbH (WiBus) unterbrechen ihren Ausstand. „Das ist ausschließlich ein Zeichen des guten Willens, zur dem wir uns im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens entschlossen haben", sagte Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Verhandlungsführer des dbb, am Abend des 20. Mai 2014.

Zu dem Streik aufgerufen hat die im dbb beamtenbund und tarifunion organisierte Nahverkehrsgewerkschaft (NahVG). Der Streik wird mit Betriebsschluss am Dienstagabend vorläufig unterbrochen.

Am Montag (19. Mai) und Dienstag (20. Mai) waren die weitaus meisten Busse der von WiBus befahrenen Linien in den Depots geblieben, was für heftige Beeinträchtigungen des Busverkehrs in der hessischen Landeshauptstadt gesorgt hatte. Mit ihrem Streik unterstreichen die WiBus-Fahrer ihre Forderung, dass die Arbeitgeber umgehend zur Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen an den Verhandlungstisch zurückkehren, den sie verlassen hatten.

„Wir wollen für das Personal bei Wibus die gleichen Beschäftigungsbedingungen wie für die Fahrer der ESWE Verkehr. Die werden den Kolleginnen und Kollegen seit mehr als drei Jahren verweigert. Dass diese Zwei-Klassen-Gesellschaft im Nahverkehr in Wiesbaden abgeschafft gehört, liegt doch auf der Hand", machte der Bundesvorsitzende der NahVG, Axel Schad klar. Statt sich aber in Richtung Verhandlungstisch zu bewegen, nähmen die Arbeitgeber weiter billigend in Kauf, die Fahrgäste in dieser Tarifauseinandersetzung in Geiselhaft zu nehmen. „Deshalb jetzt unser positives Signal an die Bürgerinnen und Bürger, die bislang sehr viel Verständnis für die berechtigten Forderungen des WiBus-Personals und den Streik aufgebracht haben", so Schad.

Dennoch müsse allen Verantwortlichen, also auch der Stadtspitze, klar sein, dass dies nur ein „Zwischenstopp" des Ausstands sei, falls sich die Arbeitgeber weiterhin einer Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen entziehen. „Da haben wir bisher nur leere Versprechungen gehört. Jetzt müssen den blumigen Worten aber Taten folgen. Sobald uns ein Angebot vorliegt, werden wir dies sorgfältig prüfen. Dann kann der Streik schnell beendet sein", so Schad. „Sonst machen wir weiter!"
(04/20/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB: Beschäftigte erwarten Kontinuität

(dbb) „Durch die Maßnahmen der letzten Jahre wurde bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes viel verloren gegangenes Vertrauen wieder zurückgewonnen", stellte der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) Rolf Habermann in seiner Begrüßung des BBB-Hauptausschusses am 21. Mai 2014 in München fest. Nun stehe der Doppelhaushalt 2015/2016 an und es werde sich zeigen, „ob der Weg des vertrauensvollen Miteinanders auch weiterverfolgt wird", so Habermann.

Gerade im vergangenen Jahr seien viele notwendige Korrekturen für den öffentlichen Dienst in Bayern vorgenommen worden, insbesondere die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses der Länder für die Beamtinnen und Beamten des Freistaates Bayern sowie die Beendigung zahlreicher Sparmaßnahmen aus den Vorjahren. Dieser Weg müsse auch in Zukunft so fortgesetzt werden. „Noch immer stehen circa 30 Millionen Euro für Stellenhebungen aus dem Neuen Dienstrecht aus. Diese Zusage muss jetzt eingelöst werden", erklärte Habermann.
Besonders erfreut zeigte sich der BBB-Vorsitzende bezüglich der Übertragung der geplanten Rentenreform der Bundesregierung auf die bayerischen Beamtinnen und Beamten, insbesondere was die verbesserte Anerkennung von Kindererziehungszeiten von vor 1992 geborenen Kindern anbelangt. Bayern sei „wieder mal das erste Bundesland, das hier so schnell und klar handelt".
(05/20/14)

Waldemar Dombrowski wieder gewählt - Neuer Name für vbba

(dbb) Auf dem Bundesgewerkschaftstag der vbba (14. bis 16. Mai 2014) in Bad Kissingen wurde Waldemar Dombrowski erneut zum Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft gewählt. Damit geht er in seine vierte Amtsperiode und steht der neuen 13-köpfigen Bundesleitung vor.

Die Delegierten beschlossen verschiedene Maßnahmen mit dem Ziel einer noch besseren organisatorischen und fachlichen Aufstellung der vbba. So werden für Grundsatz- beziehungsweise Querschnittsthemen Grundsatzkommissionen gebildet.

In seiner Antrittsrede forderte der vbba-Bundesvorsitzende mit Blick auf die Jobcenter, dass die Politik das mit heißer Nadel gestrickte Sozialgesetzbuch II überarbeiten müsse, um eine bessere, mehr Rechtssicherheit beinhaltende Gesetzesgrundlage zu schaffen. Zugleich müsse unnötige Bürokratie abgebaut werden, um die Belastung der Kolleginnen und Kollegen zu senken. Die Politik forderte Dombrowski auf, der Bundesagentur für Arbeit und ihren kommunalen Partnern mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, damit eine auskömmliche Personalausstattung dauerhaft gesichert werden kann. „Das ständige Einarbeiten immer neuer befristeter Kräfte ist kein nachhaltiger Lösungsansatz. Im Gegenteil, dadurch entstehen für unsere Kolleginnen und Kollegen Zusatzbelastungen durch immer neuen Einarbeitungsaufwand", konstatierte Dombrowski.

Wegen der stark gestiegenen Zahl der Kindergeldanträge forderte Dombrowski das Bundesfinanzministerium auf, endlich die überfällige, personelle Stärkung der Familienkassen zu ermöglichen.

Angesichts der Organisationsfelder, in denen sich die vbba engagiert und aufgrund ihres Anspruchs, sowohl die Interessen der Beamtinnen und Beamten als auch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten, beschloss der Gewerkschaftstag die Umbenennung in „vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales".
(06/20/14)

DSTG für konsequentere Bestrafung der Beihilfe zur Steuerhinterziehung

(dbb) Nach der Rekordstrafe in den USA für die Schweizer Großbank Credit Suisse hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler die deutsche Politik aufgefordert, auch in Deutschland die rechtliche Möglichkeit zu schaffen, härter gegen Geldhäuser vorzugehen, die bei Steuerhinterziehung Hilfe leisten.

„Ein neu zu schaffendes Unternehmensstrafrecht wäre ein Mittel, um den Vorwurf beispielsweise bei einer Bank gegen sie als Organisation zu erheben. Die Beweisführung wäre erheblich leichter und würde das Institut in seiner Gesamtverantwortung treffen", sagte Eigenthaler am 21. Mai 2014 „Handelsblatt Online". „Ein gezieltes Unternehmensstrafrecht könnte auch generell dafür sorgen, dass systematische Wirtschaftskriminalität unmittelbar den Vorständen zugerechnet werden kann".

Bislang kenne das deutsche Strafrecht nur eine Verantwortlichkeit konkreter Personen, begründete Eigenthaler seine Forderung. „Ein konkreter Vorwurf gegen eine bestimmte Person ist in einer verzweigten und vernetzten Bank beziehungsweise einem Unternehmen oft schwer zu beweisen", so der DSTG-Vorsitzende. „Dies führt dazu, dass vieles an Wirtschaftskriminalität nicht aufgedeckt wird." (07/20/14)

DPolG fordert Sofortprogramm gegen Einbruchskriminalität

(dbb) Mit der Forderung, endlich mehr gegen die bundesweit steigenden Zahlen bei Wohnungseinbrüchen zu unternehmen, hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) auf die Zahlen der bundesweiten Polizeilichen Kriminalstatistik reagiert. In fast allen Bundesländern ist die Zahl der Einbrüche stark gestiegen, in Baden-Württemberg sogar um nahezu 30 Prozent. In Nordrhein-Westfalen ist mit fast 55.000 Einbrüchen der höchste Stand seit 1995 erreicht. Der durchschnittliche Schaden bei Einbrüchen betrug in Berlin rund 5.000 Euro.

Dazu sagte der DPolG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 16. Mai 2014: „Die Zahl der Wohnungseinbrüche steigt seit Jahren. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Einbrecher immer professioneller werden und oft als reisende Banden agieren. Zum anderen gibt es immer noch viele Menschen, die ihr Wohneigentum nicht ausreichend sichern und sich ausschließlich auf den Staat verlassen."

Deshalb fordert die DPolG ein Sofortprogramm zum Schutz vor Einbruchskriminalität. „Dazu gehört die Fortschreibung des bundesweiten Lagebilds zur Einbruchskriminalität. Um die Reisewege von Einbrecherbanden zu überwachen, müssen mehr integrative Verkehrskontrollen stattfinden. Das heißt solche, die im Rahmen einer Verkehrskontrolle allgemein Straftaten aufdecken", so Wendt. (08/20/14)

BVÖGD beklagt gravierenden Ärztemangel

(dbb) Vom 15. bis 17. Mai 2014 hat in Magdeburg der 64. Wissenschaftliche Kongress der Bundesverbände der Ärztinnen und Ärzte sowie der Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD/BZÖG) mit über 700 Teilnehmern stattgefunden. BVÖGD-Bundesvorsitzende Ute Teichert beklagte, dass in den 378 deutschen Gesundheitsämtern zunehmend Fachärzte fehlen. Mehr als 200 Stellen seien länger als sechs Monate unbesetzt. Während bundesweit die Zahl an Medizinern zunehme, sei die der Fachärzte im öffentlichen Dienst gesunken. Im Jahr 2000 waren rund 1 080 berufstätige Fachärzte beschäftigt, zurzeit sind es nur noch rund 840.

Der Ärztenachwuchs entscheide sich vor allem wegen der schlechteren Bezahlung eher für die Arbeit in Krankenhäusern oder Praxen. In den kommenden Jahren würden zudem viele Fachärzte in den Ruhestand treten. Bereits jetzt kämen auf einen Kollegen unter 50 Jahren inzwischen fünf im Alter über 50 Jahren. Um mehr junge Ärztinnen und Ärzte für den öffent-

lichen Gesundheitsdienst zu gewinnen, müsse die Bezahlung den Krankenhäusern angenähert werden. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe würdigte in einem Grußwort die „unverzichtbare Arbeit" der Ärzte in den Gesundheitsämtern, machte jedoch keine konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Personalsituation.
(09/20/14)

Inklusion braucht klaren politischen Willen

(dbb) Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und seine Partnerorganisationen Gewerkschaft Pflichtschullehrerinnen und Pflichtschullehrer (GÖD-APS) Österreich sowie Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) tragen die UN-Behindertenrechtskonvention mit. In ihrer „Berliner Erklärung zur Inklusion" vom 16. Mai 2014 betonen die Verbandsspitzen, alle Kinder sollten grundsätzlich in die Schule vor Ort gehen können und dort gemäß ihrem Lernstand gefördert werden.

Zugleich nehmen VBE, GÖD-APS und LCH die Politik in die Pflicht, die notwendigen Bedingungen zu sichern. „Für die Entwicklung einer inklusiven Schule sind kontinuierlich ausreichende Ressourcen ohne Finanzierungsvorbehalt bereit zu stellen", wird gefordert. Weiter heißt es in der gemeinsamen Erklärung: „Inklusion kann nicht in der üblich gewordenen Reformhektik von oben verordnet und ohne genügend Ressourcen an die Schulen delegiert werden. Sonst droht ein Scheitern." Gelingende Inklusion sei ein langer Prozess, der politische Wahlperioden überdauere und dauernde Aufmerksamkeit verlange.

VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann: „Das Maß für gelingende Inklusion muss das Wohl des Kindes sein. Kindeswohl nach Kassenlage darf es nicht geben." Das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich erweise sich als großes Hindernis in Deutschland, die Inklusion in gemeinsamer Verantwortung umzusetzen, so Beckmann. „Wir brauchen endlich ein tragfähiges gemeinsames Finanzierungskonzept von Bund, Ländern und Kommunen."
(10/20/14)

BLBS: OECD liegt mit Bewertung daneben

(dbb) Der BLBS (Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen) hat der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa) vorgeworfen, bei der jüngsten Beurteilung des deutschen Bildungssystems „wieder mal daneben zu liegen".
„Wann begreift die OECD endlich, dass die Bedingungen an beruflichen Schulen anders sind?", fragte der BLBS-Bundesvorsitzende Eugen Straubinger am 19. Mai 2014.

Wieder einmal sei nicht erkannt worden, dass die Aufstiegschancen über die berufliche Bildung besser sind als in den anderen Ländern der OECD. Es stehe jedem Jugendlichen unabhängig vom Wohlstand des Elternhauses offen, über den Abschluss in der dualen Ausbildung an der Berufsschule oder die Berufsfachschule an die Meister- oder Technikerschule zu gelangen. Zusätzlich seien Hilfen des Staates nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Meister-BAföG) möglich. Zudem befähige das Gehalt, das die Jugendlichen im dualen Ausbildungsbetrieb erhalten, sie dazu, diese Bildungswege problemlos einzuschlagen.

Straubinger erinnerte daran, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den Ländern, die die duale Berufsausbildung eingeführt haben, im Vergleich zu den anderen Ländern der OECD erheblich geringer ist. Auch seien die Aufstiegschancen zum Studium über die weiterführenden beruflichen Schulen unabhängig vom Wohlstand der Eltern sehr gut. „Bevor solche Studien veröffentlicht werden, sollte sich die OECD besser mit den Akteuren der beruflichen Bildung austauschen, um eine korrekte Beurteilung abgeben zu können", schlug Straubinger vor.
(11/20/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Der Beamtenbund Baden-Württemberg BBW hat ein Pendant zur Mütterrente für die Beamtinnen gefordert. Die Mütterrente, ein Eckpunkt des Rentenpakets, über das der Bundestag am 23. Mai 2014 abstimmt, müsse auf auch auf Beamtinnen übertragen werden. Dazu forderte der BBW-Landesvorsitzende und dbb Vize **Volker Stich** Landesfinanzminister Nils Schmid auf. Der „Südwest Presse" (Ausgabe vom 22. Mai 2014) sagte Stich: „Kindererziehung muss gleich viel wert sein."

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (**DPolG**) und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (**BLBS**) haben gemeinsame Forderung zur Bekämpfung von Jugendkriminalität aufgestellt. Unter dem Motto „Ursachen bekämpfen – Entwicklung stärken" forderten sie am 21. Mai 2014 eine Stärkung derjenigen, die für die Entwicklung von Kindern maßgebliche Verantwortung haben (Elternhäuser, Kitas, Schulen und Jugendschutzbehörden und –einrichtungen); ein rasches Beginnen von Strafverfahren nach einer Tat; sinnvolle, spürbare und im Vollzug konsequente Strafen; einen offenen Umgang aller Verantwortungsträger; individuelle Strategien für Jugendliche, damit diese eingeschlagene Irrwege auch wieder verlassen können. Der Staat dürfe sich nicht aus der Verantwortung zurückziehen, heißt es in dem Positionspapier.

Der Bundeshauptvorstand des Verbandes der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden (VBOB) hat Widerstand gegen die aktuellen Umzugspläne des Bundesinnenministers angekündigt. Thomas de Maizière hatte kürzlich erklärt, weitere 90 Stellen von Bonn nach Berlin verlagern zu wollen, um freistehende Räume eines Neubaus seines Ministeriums zu füllen. Personalräte wurden in diesen Prozess nicht eingeschaltet. Dazu erklärte der VBOB am 21. Mai 2014, dem Vortag seiner Bundesvertreterversammlung in Potsdam, der Bundesvorsitzende des Verbandes, **Hartwig Schmitt-Königsberg**, werde den Minister um ein kurzfristiges Gespräch bitten. Besonders die Eile des Verfahrens, mit dem die für 2015 geplante Aktion festgezurrt werden soll, finde kein Verständnis. Es sei auch „nur schwer zu vermitteln, dass international operierende Unternehmen und Organisationen aus allen Teilen der Welt erfolgreich zusammenarbeiten können, die Regierung einer Hochtechnologiegesellschaft dagegen nicht", so Schmitt-Königsberg.

In einem Gespräch mit der Spitze der DPolG Bundespolizeigewerkschaft am 21. Mai 2014 hat die Staatssekretärin Emily Haber eine Prüfung des DPolG-Qualifizierungsaufstieges zugesagt. Die Verbesserung der Laufbahndurchlässigkeit stand bei dem Treffen mit der für die Bundespolizei im Bundesinnenministerium zuständigen Staatssekretärin im Vordergrund, teilte der Vorsitzende der DPolG Bundespolizeigewerkschaft **Ernst G. Walter** mit. Insbesondere wolle Haber die von der DPolG aufgezeigten flexiblen Aufstiegsmodelle anderer Bundesländer in die Bewertung mit einbeziehen.
(12/20/14)